

BVK kämpft bei EU-Entscheidungsträgern gegen Provisionsverbot



Michael H.Heinz

© BVK Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V

Auf EU-Ebene wird gerade, angestoßen durch eine Initiative der EU-Finanzkommissarin Mairead McGuinness, über die Einführung eines Provisionsverbotes bei der Vermittlung von Finanzanlagen an Kleinanleger debattiert. Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) fordert, diese Pläne ad acta zu legen und wird dafür in diesem Jahr eine Reihe von Gesprächen mit EU-Entscheidungsträgern führen, um ein EU-weites Provisionsverbot zu verhindern. Diese Woche bildet dafür den Auftakt.

„Wir wollen, dass ein Ruck durch die Branche gegen dieses unsinnige Vergütungsverbot geht“, sagt BVK-Präsident Michael H. Heinz. „Dazu führten wir bereits mit Vertretern unserer BVK-Kommission für EU und Auslandsfragen am 8. Februar Gespräche mit den deutschen Vertretern bei der Ständigen EU-Vertretung. Deutschland trägt hier als mitgliedstärkster EU-Staat besondere Verantwortung für den Erhalt des Provisionssystems und kann bei dieser Debatte ein bedeutendes Votum in die Waagschale legen. Schließlich wollen wir nicht in der EU solche Defizite in der Anlage- und Versicherungsvermittlung wie in Großbritannien und der Niederlande, wo nach Einführung von Provisionsverboten die Nachfrage nach Absicherung und qualifizierter Beratung bei Geringverdienern eingebrochen ist.“

Eine weitere Gelegenheit gegen das Provisionsverbot vorzugehen, bildete das am 9./10. Februar stattfindende Mid-term Meeting des europäischen Dachverbandes der Vermittler BIPAR. Hier konnten die BVK-Vertreter weitere Gespräche mit führenden Repräsentanten der EU führen.

„Als BIPAR-Mitglied und größter deutscher Vermittlerverband trugen wir gewichtige Argumente vor, um das bestehende Vergütungssystem in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern zu erhalten“, sagt Dr. Wolfgang Eichele, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied und

BVK-Hauptgeschäftsführer im Vorfeld der BIPAR-Tagung. „Denn es hat zwei entscheidende Vorteile: Es gewährt zum einen breiten Bevölkerungsschichten einen kostengünstigen, unkomplizierten und bewährten Zugang zu Finanzdienstleistungen und zur Versicherungsvermittlung. Und es sichert zweitens die Existenz von rund 190.000 Vermittlerbetrieben in Deutschland. Ein Provisionsverbot ist daher für den BVK absolut inakzeptabel.“

Auf dem Mid-term Meeting des BIPAR sprachen Repräsentanten des europäischen Versicherungsmarktes, wie u.a. die Präsidentin der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) Petra Hielkema und Didier Millerot, Leiter des Referats Versicherungen und Renten bei der Europäischen Finanzaufsicht (FISMA). Auch der Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Mitglied des Finanz- und Währungsausschusses Markus Ferber (CSU) sowie Karel van Hulle, ehemaliger Leiter der Generaldirektion Versicherungen und Pensionen bei der EU-Kommission, waren Teilnehmer des BIPAR Mid-term Meetings.